

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an. In Leipzig nehmen Bestellungen an: die Expedition, Hohe Str. 4. A. Bebel, Petersstr. 18. F. Thiele, Emilienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Rgr., für die übrigen deutschen Staaten 19 1/2 Rgr. per Quartal per Monat 4 1/2 Rgr. für Leipzig und Umgebung per Quartal 18 Rgr. Anstaltsexpeditio für die besetzten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via Newyork

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Der Metallarbeiter-Kongress findet nicht zu Pfingsten statt. (Siehe Gewerkschafts-Rubrik).

Urtheile der Presse über den Leipziger Hochverraths-Prozess.

Die in Königsberg erscheinenden „Demokratischen Blätter“ herausgegeben von S. Kotosky, enthalten in ihrem 3. Heft einen Artikel „Der Leipziger Hochverrathsprozess und die Presse“

in dem es heißt:

„Wer nur irgend mit der socialen Bewegung in Deutschland vertraut ist und sein Wissen nicht allein aus der trüben Quelle der Bourgeois-Presse hergeholt hat, mußte sich von vornherein sagen, daß es an jeder Begründung einer Anklage auf Hochverrath gegen Bebel und Liebknecht fehlen werde. Verrath doch die social-demokratische Arbeiterpartei ihr Werk bei offenem Tageslicht, und fehlt nirgends grade weniger das Spiel hinter den Coulissen als bei ihr. Die Schriften der Parteiführer übrigens geben offen und deutlich das Ziel ihrer Bestrebungen an; nirgends fehlt das Anerkennung, daß sie eine entschieden revolutionäre Partei sei, aber auch überall wird anerkannt, daß eine Revolution erst dann eintreten könne, wenn in der großen Mehrheit des Volkes der Gedanke der Demokratie Wurzel gefaßt, und daß dieser Zeitpunkt vorläufig noch in solcher Ferne liege, daß es unmöglich wäre, alle Eventualitäten, welche jeden so weit zielenden Plan modificiren könnten, in Betracht zu ziehen. Liegt doch die Möglichkeit vor, daß, wie der Mauth der Waffenerfolge jeden freiheitlichen Gedanken ersticke, so auch wieder eine Ernüchterung eintreten könnte, welche zu einer reformirenden Thätigkeit in der Gesetzgebung führen dürfte. Die Angeklagten dürften freilich so gut wie wir selbst von einigen Zweifeln gegen die letztere Aussicht erfüllt sein; jedenfalls aber schlossen sie nicht von vornherein die Möglichkeit einer solchen aus, und bezeugen doch viele Reden und Schriften Bebel's und Liebknecht's den ernstlichen Wunsch, gerade in den sogenannten bessern Ständen die Erkenntniß zu wecken, daß nur durch freiheitliche Reformen die Revolution verhütet werden könne. Jede solche Mahnung ruft freilich das Hohngelächter der Bourgeoisie hervor; prahlerische Aeußerungen à la Vasser erscheinen als die treffendste Antwort. Und doch fühlt die Gesellschaft, daß es in ihr vulkanisch gährt; die Furcht und die Unruhe ist um so größer, als die Unkenntniß der Verhältnisse den Meisten ein Schreckgespenst vormalt, das nur in ihrer Phantasie lebt, während die eigentliche Gefahr ihren Blicken verborgen bleibt. Und die „freie“ die „unabhängige“ Presse, — so nennt sich nämlich die Presse, welche nicht von der Regierung, sondern von Privatkapitalisten gekauft ist — trägt herrlich das Ihrige bei, keine wahre Erkenntniß der Dinge aufkommen zu lassen. Jede etwas stürmische Episode in irgend einer Arbeiterversammlung wird in allen Blättern Gegenstand der Besprechung, während was in ruhiger und dauernder Organisation geschaffen wird, selbst in der nächsten Nähe unbeachtet bleibt. Hierzu tritt dann noch die schamlosest Persiflage besonders der liberalen Presse. Um die eigentliche Social-Demokratie, die auf Grund des Eisenacher Programms sich constituirt hat, und welche schon jetzt eine Anzahl Männer von höchster Intelligenz in ihren Reihen zählt, angreifen, benützt man die Schweizer'schen Vereine; man weiß recht wohl, daß zwischen beiden keinerlei Identität existirt, aber man benützt den ähnlichen Namen, um den Einen die Thaten der Andern in die Schuhe zu schieben. Diese Persiflage zeigt sich ebenso in dem Verhalten gegenüber den Marx-Hirsch'schen Gewerksvereinen. Wo diese Front machen gegenüber der Social-Demokratie, werden ihre Bestrebungen gepriesen als die wahren Heilmittel der sozialen Krankheit; sie werden aber sofort gleichfalls als Social-Demokraten gebrandmarkt, wenn sie mit selbstständigen Forderungen hervortreten. Die gekauften Presse betrügt ihren Käufer, weil er — betrogen sein will. Von den gefährlichsten Organisationen weiß das Gros der „Gebildeten“ nichts. Die verschiedenen Theorien sind nicht das eigentlich Gefährliche, denn die weitgehendste Theorie findet in der Praxis ihre notwendige Begrenzung. Das Gefährliche besteht darin, daß Hunderttausende im Bolle sich organisiren, daß sie den sogenannten bessern Ständen gleichsam zurufen: „Thut Ihr dort oben was Ihr wollt; Ihr habt Eure Reichstage, Eure Landes- und Gemeindevvertretungen, Eure Zeitungen und hochtrabenden Reden, jubelt und jauchzt über Eure Erfolge, macht Verfassungen über Verfassungen, freut Euch, Mühlser geht und Eulenburg folgt, — wir haben unsere besondere Arbeit für uns.“

„Welche Arbeiter-Vereine man auch besuchen mag, überall wird man es heftig finden. Die und da findet wohl aus alter Gewohnheit noch eine „nationale“ oder „patriotische“ Präse ihren Platz, noch herrscht in vielen Kreisen eine gewisse Anhänglichkeit an die liberalen Parteien, die bei den Wahlen oder öffentlichen Aufzügen und dergleichen zu Tage tritt, aber es erscheint dieses als etwas von außen Hereingetragenes, das in dem Bewußtsein der arbeitenden Klassen keinen Boden mehr hat. Diese Erfahrung macht Dr. Marx Hirsch selbst von Tage zu Tage mehr; bei dem aufrichtigsten Bestreben, den Zusammenhang der Arbeiter mit der liberalen Bourgeoisie aufrecht zu halten, wird er durch seine eigenen Anhänger von Tage zu Tage mehr der radikalern Richtung zugezogen. Mögen heute unfernwege die Conservativen oder National-Liberalen Arbeiter-Vereine gründen, wir werden sie mit Freuden begrüßen: in dem Augenblicke, wo die Arbeiter irgend eine misliebige Forderung selbstständig aufstellen, gelten sie doch in den Augen der Bourgeoisie und ihrer Presse für Social-Demokraten. Dasselbe Schicksal verfolgt jeden Demokraten, wenn er offen und ehrlich Interesse an der Arbeiterbewegung nimmt. Die Bourgeoisie müßte es eigentlich Denen Dank wissen, durch welche allein sie Kenntniß von der Bewegung erhält; statt dessen glaubt sie, dieselbe zu vernichten, wenn sie diejenigen Männer aus der Welt schafft, welche sie aus ihren süßen Träumen wecken. Schafft Bebel, Liebknecht und noch ein Duzend Andere aus der Welt und wir werden Ruhe haben, — das ist der Gedankengang des größten Theils der Bourgeoisie, und ihre Presse spricht natürlich dasselbe aus. Hierin haben wir den Schlüssel für das ganze Gehege, welches dem Leipziger Prozesse voranging.

„Ein anderes Moment trat noch hinzu. Im Herbst 1870 wurden die Braunschweiger Social-Demokraten in Fesseln nach Ethen transportirt. . . . Es spielt sich dann der Leipziger Prozess ab vor Geschwornen, die sämtlich politische Gegner der Angeklagten sind, Leute dazu, denen es an Bildung fehlt, um sich aus dem Wirrwarr von Schriftstücken, welche die Anklage vorbrachte, herauszufinden. Die mehroöchentlichen Verhandlungen hatten nur den Zweck, die Geschwornen „grauslich“ zu machen und dieser Zweck ist erfüllt worden. Wohl hegte man auch noch die Hoffnung, daß die Angeklagten sich wenigstens in der öffentlichen Meinung während der Verhandlung compromittiren würden; es ist kein Leichtes, sich vierzehn Tage lang von vor-eingenommenen Richtern verhören zu lassen, immer schlagfertig, immer geistesgegenwärtig zu sein, nirgends sich schwach und nirgends maßlos zu zeigen, wie sehr auch Alles ausgedehnt wird, die Geduld zu erschöpfen. Ausgezeichnet haben die Angeklagten die Probe bestanden. . . .

„Das Verdikt der Geschwornen wird von der gesammten Presse verurtheilt, aber man würde irren, wenn man es dem Gerechtigkeitsgefühl derselben zuschriebe. Die gesammte liberale Presse hat gehetzt gegen die Angeklagten; kein Blatt derselben ist gegen die Verfolgungen, welche die Social-Demokraten erlitten, entschieden aufgetreten. Aber durch diesen Prozess fühlen sich die Liberalen mitkompromittirt und daher suchen sie die Verantwortlichkeit abzustreifen, indem sie das Verdikt der Geschwornen verurtheilen. Konnte irgend ein Unbefangener im Zweifel sein, daß weder gegen die Braunschweiger noch gegen die Leipziger Social-Demokraten etwas vorlag, was irgend wie ihre Verhaftung rechtfertigte? Als die Geschwornen verurtheilten, folgten sie der von der Presse gemachten „öffentlichen Meinung“; man lese nur den Artikel der „Grenzboten“, welchen Hans Blum 8 Tage vor Beginn der Schwurgerichts-verhandlungen veröffentlichte und der den Gipfel der Schamlosigkeit ersteigt. Und nachdem die Verurtheilung stattgefunden hat, welche die gesammte Presse als ungerechtfertigt verdammen muß, kommt die perfide Ausbeutung einzelner im Prozesse veröffentlichter vertraulicher Schreiben.

„Ein gewisser R. d. t. zu Agitationszwecken benützt, erscheint in ziemlicher Verkommenheit, daher verlangt Bebel seine Entfemung; statt nun den Schluß zu ziehen, daß in der Partei auf Ehrenhaftigkeit gehalten wird, wirft man den Makel, welchen die Partei verdammt, auf diese selbst. — Bebel, ein Mann von ganz enormer Arbeitskraft und uner müdlicher Thätigkeit, schreibt über Carl Hirsch, daß derselbe zwar großes Talent habe, aber etwas faul sei.“ Aus dem Munde eines Mannes wie Bebel solchen Vorwurf zu hören, ist kein Makel; ein solcher Mann verlangt eben Außerordentliches von jedem seiner Genossen. Und nun höre man, wie diese vertrauliche Aeußerung von der Presse benützt wird. Vielleicht läßt sich Kapital schlagen aus der Entzweiung zweier Freunde! Vornhorst wird von Bebel als ein „Tollkopf“ bezeichnet, „bei dem mitunter das Herz mit dem Verstande forläuft.“ Hörst du, Vornhorst, wie dein „Freund“ Bebel über dich urtheilt? Und kann wird das „Resumé“ gezogen, und der „etelhafte Eindrud“ constatirt, den es machte, als „jeder Dritte der eigenen Parteigenossen von den Angeklagten als Lump, faul oder verrückt erklärt wurde.“ Endlich der Vorwurf: „jedes dritte Wort in den Briefen der Parteigenossen verlangt Geld, Seid!“ — „Leute, welche den Socialismus als Gewerbe betreiben, sind unschädlich“, schreibt die Wiener „Neue freie Presse“, und der Lohnschreiber der Aktien-Gesellschaft „Königsberger Hartung'sche Zeitung“, Herr Dr. Köstler-Mühlfeld, schreibt es in einem Leitartikel „das entlarvte Gespenst“ nach, einem Leitartikel, der, wie die meisten dieser Zeitung, nichts weiter ist als eine buchstabengetreue Zusammenstoppelpung von aus andern Zeitungen genommenen Sätzen, natürlich ohne Angabe der Quelle. Jeden Unbefangenen, und sei er der ärgste Gegner, fragen wir, ob der vertrauliche Briefwechsel irgend welcher Partei andere Resultate ergeben würde? Vor allem die Forderung nach Geld dürfte unter den Führern und Agitatoren jeder andern Partei nicht

bloß in jedem dritten, sondern in jedem zweiten Worte mindestens gefunden werden. Fortheil bringt die Angehörigkeit zur Demokratie nicht; Arbeit und Mühe, Verzichtleistung auf alle Freuden des Lebens und Unbarm sind die Früchte, welche sie zu ernten giebt; „wer sich verkauft, verkauft sich an den Meistbietenden“, sagt Liebknecht, „unsere Partei hat nichts zu vergeben, große Gehälter sind nicht zu vertheilen, wir können nicht zu den Aemtern eines Legationsrathes oder Ober-Regierungsrathes befördern.“ Will man die Social-Demokratie bekämpfen, und es mag ja immerhin der Fall sein, daß sie Punkte bietet, in denen sich eine Bekämpfung derselben verlohnt — hat sie doch selbst nie Anspruch auf Unfehlbarkeit gemacht — so thue man es auf ehrliche Weise. Man schwinde sich zu dem Standpunkte auf, daß es Männer geben könne, welche irige Ansichten verfolgen, und doch von einer aufrichtigen Ueberzeugung getragen sind! Ist unsere Sache schlecht, so bleibt sie es, ob ihre Vertreter makellos oder nicht sind; die Sache der Gegner aber ist verdächtig, wenn sie den Kampf nicht anders führen zu können glauben, als indem sie die Personen beschimpfen.“ (Fortf. folgt.)

*) Jener Brief ist aus dem Jahre 1869; seitdem hat Bebel sein Urtheil über Carl Hirsch längst revidirt.

Bei Gelegenheit der Debatte über eine aus Mecklenburg eingelaufene Petition um Aufhebung der im Mecklenburgischen bestehenden Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts sagte in der Reichstags-sitzung vom vorigen Mittwoch der Abgeordnete Sonnemann:

„Ein Vereinsgesetz, wie es noch in Mecklenburg besteht und wie es uns (oben von dem Abg. Biggers) geschildert worden ist, hat auch in Frankreich unter dem napoleonischen Regimente bestanden, und was war die Folge davon? Hier liegt die wahre Ursache der pariser Commune; weil man 20 Jahre lang die Vereinsfreiheit vollständig unterdrückt hatte, so konnte nichts anderes als eine gewaltthätige Erhebung die Wirkung davon sein. Vor wenigen Wochen hat man in Frankreich wiederum ein ähnliches Vereinsgesetz erlassen. Meine Herren, ich habe mich stets offen gegen die Erhebung der Commune ausgesprochen und deshalb mancherlei Anfeindungen von der socialdemokratischen Partei geerntet, aber hier muß ich doch sagen: mit jenem Gesetze hat man in Frankreich wieder den Keim zu einer neuen gerechtfertigten Communerhebung gelegt. Diese Ideen lassen sich eben nicht unterdrücken, durch solche Vereinsgesetze ebenso wenig wie durch Tendenzprozesse der Art, wie wir sie in Leipzig erlebt haben. Wenn Sie in solcher Weise auf der einen Seite die Ansichten der Socialdemokratie unterdrücken und auf der andern alle Auswüchse des Bösen spielen gestatten wollen, alle die Auswüchse, die dahin geführt haben, daß die Wohnungsnoth in den großen Städten jetzt in so furchtbarer Weise zu Tage tritt, dann, meine Herren, werden Sie zu gefunden Zuständen niemals kommen, weder im politischen noch im sozialen Leben. Das beste Vereinsgesetz ist nach meiner Ansicht gar kein Vereinsgesetz. Wozu haben wir denn eine Armee und Flotte, die uns Hunderte von Millionen kosten, wenn wir uns nicht einmal schützen könnten gegen etwaige Ausschreitungen des Vereins- und Versammlungsrechts? Auf geistlichem Boden soll sich Jeder frei äußern können, und gegen bestimmte Ausschreitungen sind ja die Strafgesetze genügend. Jetzt, wo auf allen andern Gebieten internationale Bestrebungen sich geltend machen, wo man auf dem Felde der Wissenschaft internationale Vereine gründet, wo man auf industriellem Gebiete international sich verbündet, warum wollen Sie es da gerade jener Klasse, die bisher so viel zu leiden gehabt hat, verbieten und vermehren, sich mit Genossen aus andern Nationen zu verbündigen und gemeinschaftlich zu berathen? Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben (!), daß wir ein wahrhaft freiständiges Vereinsgesetz noch bekommen werden, wenn nicht durch den Bundesrath, so doch durch die Beschlüsse hier im Hause (!) Es ist bei Gelegenheit des Preßgesetzes auf englische Zustände verwiesen worden. Ich hoffe, daß wir auch in Bezug auf das Vereinswesen uns die englischen Zustände zum Muster nehmen werden, um uns derselben Freiheiten räumen zu können, die im Vereins- und Versammlungsrechte dort unbeschränkt seit lange bestehen.“

Wir wollen uns hier nicht mit der Logik des Abgeordneten Sonnemann beschäftigen, der die Communebewegung für eine nothwendige und folglich gerechtfertigte erklärt und in demselben Athemzug sagt, daß er sich stets offen gegen diese Bewegung ausgesprochen. Was uns interessiert, ist die Aeußerung Sonnemanns über den Leipziger Hochverrathsprozess, und was uns weit mehr als die Aeußerung selbst interessiert, ist der Umstand, daß sich im ganzen Reichstag auch nicht Eine misbilligende Stimme dagegen erhoben hat. Sogar der anwesende Hr. Generalstaatsanwalt Schwarz, der Insceneseher dieses von der öffentlichen Meinung Europas ebenso entschieden als einmüthig verurtheilten Tendenzprozesses, blieb stumm wie ein Fisch.

Bielitz (Mähr. Oesterreich.) Revolte. Die Spinner der Fabrik Scholz (Bürgermeister in Bielitz) stellten am 5. d. Monats die Arbeit ein, Abends gingen einige vor der Fabrik vorbei und sangen. Auf dieses wurde ihnen von der Feuerwehr Ruhe geboten, man blies das Horn zur Sammlung, die Menschenmenge mehrte sich, bis man die Fabrik mit Steinen bombardirte. Tags darauf (Dienstag) kam Militär, der ungewohnte Anblick desselben lockte abermals eine Menge von 12,000 Menschen zusammen, welche sich nun in Singen u. s. w. erging, das Militär wagte keinen Angriff und nun ging der Haufe meist ungebildeter Bauern, von denen man jeden Funken sozialistischer Aufklärung ferne gehalten hatte, über die Fabriken her. Sämtliche Fenster wurden bombardirt, ja man verschoß nicht einmal die Häuser der armen Bürger. Dies dauerte bis 12 Uhr Nachts, dann gingen die aufgeregten, Hurrah brüllend, nach der 1/4 Stunde von der Stadt entlegenen Fabrik Bizofski und demolirten, was ihnen in die Hände kam. Endlich fielen Schüsse aus dem Wohnzimmer des Fabrikanten, worauf Alles desto wilder wurde und nur noch mehr demolirte. Alles ist nun in der größten Aufregung, da an ein Ende noch nicht zu denken ist. Des Tags ist Alles ruhig, aber Abends geht es traurig her. („Volkswille.“)

Ein Gruß aus Hamburg an die Internationale.
 Die Fürsten und die Pfaffen, sie waten tief in Blut,
 Zum Morden, Sengen, Brennen, fehlt' ihnen nie der Muth.
 Bald dr eifsigjährige Kriege, bald ihrer sieben Jahr,
 Doch keiner als der andre je besser um ein Haar.
 Des Volkes Söhne wurden zur Schlachtbank stets geführt,
 Die Arbeit und die Steuern, das ist's, was ihm gebührt.
 Des Landes beste Gaben sind ihm verbotne Frucht,
 Im Hungern stets und Darben hat es sein Heil versucht.
 Und Thron und Kirch' und Adel, der riesige Vampyr,
 Schon viele Tausend Jahre saugt er mit wilder Gier
 Sich feist und immer feister, im Nerv des Volks sich ein,
 Und spricht von Thron und Kanzel sein Amen hinterdrein,
 Obgleich die heil'gen Kriege der Krüppel viel gemacht,
 Und in der Armuth Hüften Gott! wie viel Qual gebracht.
 Und als im alten Lande die Armuth ward zu groß,
 Da that die neue Welt ihr auf den Mutter Schooß.
 Und nun in hellen Schaaren, zieht Jung und Alt hinaus,
 Und gründet sich da drüben ein neues Vaterhaus. —
 Den alten Kriegsherrn aber, der sie so lang gequält,
 Den hat im alten Lande zum Schutzherrn man erwählt;
 Von Thron und Kirch' und Adel zum Reichsschutz neu befallt,
 Des Hauptrechts Riesenbanner im alten Lande wallt.
 Wohl giebt's noch Tausend Herzen, die andres Sinnes sind,
 Und denen durch die Adern ein rein'res Blut noch rinnt.
 Das sind der Arbeit Männer, des Landes wahre Hiez,
 Die Internationale — ist jeso ihr Banner.
 Der Länder Nerv und Sehnen, im weit'sten Völkercreis,
 Er kämpft mit diesem Banner sich seines Sieges Preis.
 Es ringen nun mitander der Arbeit wucht'ge Faust,
 Und jene nächtigen Eulen, vom Morgenwind umbraut,
 Die Teils Geschoß erlegen, in unrer Alpenwelt,
 Und todt sind und verdorben, wo Franklins Blitz gehellt.
 Drum Heil dem neuen Banner, dem neuen Völkerbund,
 So thut's in allen Herzen, so schall't's aus Aller Mund,
 Die trotz des Vampyr's Krallen und trotz des Vampyr's Schlund,
 An Gliedern und an Seelen geblieben sind gesund.
 Das sind der Zukunft Bürger, die mit gesundem Sinn,
 Ein neues Reich sich gründen und keinen Kaiser drin,
 So wenig wie ein Adel, wenn's durch Verdienst nicht ist,
 Noch eine Kirche wie sie ersah der Dogmatist.
 Der Staat ohne Kirche, ohne Kaiser das Land —
 Die Internationale, sie bring's uns mit mächt'ger Hand!
 Ein glückliches Land, das sich selbst regiert,
 Und wo kein Dogma den Szepter führt.
 Ihr Männer der Arbeit, ans Werk fröhlich auf,
 Ihr Männer der Arbeit, den Kopf oben auf,
 Ihr sitzt am „tausendsten Wehstuhl der Zeit“.
 So bringt dann den Frieden der Christenheit.
 Und ob ihr's nicht ausspricht, so habt Ihr doch
 Tief im Herzen das Wort der „Erlösung“ vom Joch:
 Kein Krieg mehr für Kaiser, für Fürsten, für Reich!
 Stets knechten sie uns, sich betten sie weich,
 Die Bruderhand Jenen, die dort überm Rhein,
 Den Opfertod sterbend, dem Frieden sie weihn.
 Doch Fluch dem elenden Vampyr-Geschlecht;
 Nicht Vaterland kennt es, nicht Wahrheit noch Recht,
 Das stolze Gefühl, ein Deutscher zu sein,
 Empfindet es durch die Milliarden allein.
 Der alten Heimath wenden wir mit Schmerz den Rücken;
 Bleibt Ihr zurück, vor Fürsten euch zu hücken!
 Die neue Welt hält uns den Spiegel vor. Ein tausend-
 fach' Hoch!
 Der Morgen graut und in der alten lüftet leise sich das Joch. —

Die Republik und die Gegenrevolution.
 Von Emilie Acolas.
 (Fortsetzung.)
 III.

Das allgemeine Stimmrecht.
 Notwendige Bedingungen, um es zur Wahrheit zu machen. — Begrenzung seiner Funktion.
 Was ist das allgemeine Stimmrecht? Was ist nötig, damit es eine gewisse Wahrsamkeit besitze? Welches ist seine Funktion in der Demokratie? Das sind die Punkte, zu denen ich mich jetzt wende.
 Das zunächst im Staatswesen das allgemeine Stimmrecht die Folge des Prinzips der Autonomie der menschlichen Person ist, das ist an sich klar, und, so lange es Fragen geben wird, die nur durch die Entscheidung der ganzen gesellschaftlichen Masse gelöst werden können, so lange wird das allgemeine Stimmrecht die unvermeidliche Basis der demokratischen Regierung bleiben.
 Indessen ein Votum ist der Ausdruck eines Urtheils von gewisser Art; daraus folgt, daß das Recht des Votums oder des Stimmrechts nur von Denjenigen ausgeübt werden darf, welche ein Urtheil gemannter Art auszusprechen vermögen, oder, auf die Politik bezogen, die Fähigkeit des Votirens ist für den Votirenden das Verständniß seines Rechtes und gleichermaßen des Rechtes der Anderen.
 In Frankreich, wo Unwissenheit und jene andern verderblichen Einflüsse obwalten, die auf dem größten Theil des Volkes lasten, hat eine große Kühnheit dazu gehört, jeden Franzosen von 21 Jahren im Prinzip für stimmfähig zu erklären: war dies Unbesonnenheit und Thorheit? Ich glaube nicht, und folgendes sind meine Gründe:
 Zunächst kenne ich kein System, welches einen genaueren Maßstab für die politische Reife abgeben könnte, und außer dem allgemeinen Stimmrecht kenne ich auch keins, welches dem Rechte genügt.
 Einer der ersten Publizisten unserer Zeit, John Stuart Mill, hat allerdings vorgeschlagen, das Stimmrecht allen Deneuzuerkennen, welche lesen können, aber nur diesen.
 Ich meinerseits theile die Meinung Mills nicht und habe zwei Gründe dagegen.
 Erstens finde ich, wenn Mill, indem er die politische Handlungsfähigkeit jedem des Lesens Unkundigen aberkennt, den Gedanken gehabt hat, dadurch einen indirekten Zwang für Jeden auszuüben, daß er sich oder die Seinigen mit den elementarsten Kenntnissen ausrüste, diesen Zwang ungerecht und unwirksam. Und wenn derselbe Autor der Meinung ist, daß allein die des Lesens Kundigen im Stande sind, ein freies Stimmrecht aus-

zuüben, so würde, für Frankreich wenigstens,*) (ich glaube leicht) beweisbar sein, daß Viele, welche nicht lesen können, mehr politische Einsicht besitzen, als Andere, welche es können.
 Zu unserer Gesellschaft also ist kein Scheidungsmerkmal annehmbar, man muß bis zum allgemeinen Stimmrecht gehen.
 Und selbst nachdem das allgemeine Stimmrecht das zweite Kaiserreich zweimal geschaffen, selbst nachdem es die Versammlung von Versailles gewählt hat, gebe ich nicht zu, daß es seine Unfähigkeit gezeigt hat, dem Recht das Uebergewicht zu geben und Frankreich zu retten. Was die Praxis aber klar gezeigt hat, und was übrigens auch leicht voraussehen war, das ist: um dem allgemeinen Stimmrecht eine gewisse Wahrsamkeit zu geben, dazu genügt nicht ein Dekret, welches im Prinzip jeden 21jährigen Mann zum Wähler macht.
 Was ist denn aber noch mehr nötig?
 Ich werde mich nicht in ein für den Augenblick chimärisches Ideal verlieren; ich werde nur das Minimum nachweisen, welches unentbehrlich ist, damit das Recht der Majorität, welches im Prinzip allen Bürgern zuerkant wird, in Wirklichkeit, in einem gewissen Maße, für einen Jeden von ihnen existire.**)
 Die erste Bedingung ist die, daß, nach dem Ausdruck eines berühmten Schriftstellers, „der Unterricht in Strömen auf das Haupt des Volkes ausgegossen werde“, und daß, sobald er staatlicher Unterricht ist, er aufhöre, religiös zu sein, um rein wissenschaftlich zu werden.
 Es ist nötig, daß die natürliche Moral begründet, Es ist nötig, daß sie verbreitet werde;
 Es ist nötig, daß jeder Mensch begreife, daß er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, frei zu sein; es ist nötig, daß jeder begreife, daß sein Nachbar ganz dasselbe Recht und dieselbe Pflicht hat, wie er, und daß heute für alle Völker, Glück und wahre Ordnung — ich füge für Frankreich hinzu: die Möglichkeit der Rettung — nur in einem Regierungssystem zu finden sind, in welchem die individuellen Rechte und Freiheiten mehr und mehr in Uebereinstimmung gebracht werden.
 Es ist weiter nötig, daß ein Jeder begreife, daß „Recht“, „Pflicht“, „Interesse“ einander entsprechende Ausdrücke sind, daß das Interesse des Einen nicht mehr dem des Andern, daß das Recht und die Pflicht des Andern nicht mehr dem Recht und der Pflicht des Andern entgegengesetzt sind, mit einem Wort, daß alle Interessen, alle Rechte, alle Pflichten solidarisch sind. Der größte allgemeine Zerplitterer ist die Unwissenheit, und zwar sowohl Unwissenheit Derer, welche zu wissen glauben, als Derer, welche sich in dieser Beziehung nichts einbilden.
 Welches ist nun die Grundbedingung der richtigen Realisirung des allgemeinen Stimmrechts? Es ist die vernünftige Organisation des Elementarunterrichts, und für Frankreich im Besonderen: der einzige Mensch, welcher es retten kann, ist der Elementarlehrer.
 Aber man muß diesen Elementarlehrer erst schaffen, und die Schwierigkeit — ich verhehle es mir nicht — ist groß.
 Die zweite Bedingung ist, daß die Presse ihrerseits sich im Gebiete der höheren Fragen zur Erzieherin der Massen macht, d. h. daß der Journalist, statt der Mann einer Partei, einer Clique oder eines Sonderinteresses zu sein, statt das Gift der Gefinnungslosigkeit zu verbreiten, statt auf die Leichtgläubigkeit und Dummheit der Menge zu spekulieren, statt sich von Lügen zu nähren, zum Verbreiter der Wahrheit werde, und keine andre Sorge habe, als ihren Triumph zu sichern.
 Wie viel schwerer und mühseliger ist doch diese Umgestaltung noch, als die erste! Heutzutage sind die Journalisten leicht zu zählen, welche, das Auge auf das Ideal gerichtet, sich nur anstrengen, das menschliche Geschlecht zu seiner Bestimmung hinzuführen!
 Lasse man es sich indessen gesagt sein! Es handelt sich für uns Franzosen, für alle Europäer, darum, die Welt neu zu gestalten, die Welt des Rechts zu schaffen, die Welt der Autonomie, und wenn wir in uns selber nicht das nötige moralische Leben haben, dann geschieht uns recht, wenn wir untergehen, dann muß die Fackel der Idee in kräftigere Hände übergehen.
 Die dritte Bedingung ist, daß die Kommune überall, wo sie es nicht ist, — vor Allem in Frankreich — befreit werde; nach dem Programm der Pariser Insurrektion aber heißt Befreiung der Kommune:
 Zunächst die Unterdrückung jeder bewaffneten Macht innerhalb der Kommune außer der Bürgergarde;
 Sodann Anwendung des Wahlprinzips auf alle Militär- und Civilkommunalbeamten;***)
 Endlich Ausdehnung der Kommunalzuständigkeit auf alle Gegenstände, welche die Kommune, ohne Gefahr für die wesentliche Einheit der Nation, zu regeln im Stande ist.
 Und welchen Werth hat nicht die Autonomie der Kommune für die Erziehung des Bürgers! Welchen Ball kann sie zu gleicher Zeit gegen die Eingriffe der Centralmacht bilden! Dennoch nehme man sich dabei in Acht! So kostbar die Autonomie der Kommune auch ist, sie ist nur ein Hilfsmittel; ein Hilfsmittel von einer gewissen Wichtigkeit in einem Staate,

dessen Basis die Autonomie des Individuums bildet, aber eine neue Lüge und ein Werkzeug der Tyrannei, unerträglich Tyrannen vielleicht, wenn das Recht des Individuums nicht die Basis bildet!
 Es gibt noch eine vierte Bedingung — nicht die unwichtigste — um das allgemeine Stimmrecht zur Wahrheit zu machen. Der Bürger darf nicht mehr der Sklave des Elends und der Unwissenheit sein; er muß, wenn er seine Stimme abgibt, nicht nur wissen, daß er eine Handlung vollzieht, für welche seine Individualität verantwortlich ist, sondern er muß auch seine Freiheit bei Ausübung dieses Aktes fühlen.
 Alle diese Mittel — ich erkenne dies gern an — sind an sich selbst Zwecke, alle sind schon die Vorbereitung der Autonomie der menschlichen Person, und keines, ich wiederhole es, kann vollständig über Nacht hervorgerufen werden; aber wenn es das Gesetz des Fortschritts ist, nur stufenweise die Errungenschaften zu bringen, so muß wenigstens — um den Anfang zu machen — der erste Ring zur Kette gelegt werden.
 Es wird also — wollen wir nun Alle darüber einen Entschluß fassen — das allgemeine Stimmrecht, so lange nicht jene Bedingungen vollständig fehlen, die einzig mögliche Basis, die Form und das Fundament der für Frankreich allein noch möglichen Regierungsform, der Republik, sein, aber es wird eine schwankende Basis sein, und, thun wir, was wir wollen, es wird von Keinem von uns abhängen, daß das allgemeine Stimmrecht die Autorität hat, welche es nicht hat, es wird von Niemanden abhängen, zu verhindern, daß man dennoch seine Entscheidungen in Frage ziehe. (Schluß folgt.)

Offener Brief an Herrn Professor v. Sybel. *)
 Herr Professor!
 Der zweite Theil Ihres Vortrags veranlaßt mich, den einfachen Arbeiter, so kurz als möglich die Hauptmomente, welche nichts als Unsinn enthalten, an Ihren Augen vorüber zu führen. Sie müssen, Herr Professor, nicht verdrießlich werden, wenn ich Ihnen im Laufe dieser Zeilen zu beweisen versuche, daß Sie sich in der ökonomischen Wissenschaft große Unwahrheiten haben zu Schulden kommen lassen.
 An einer Stelle Ihres Vortrags lassen Sie sich wie folgt vernehmen: „Mit jedem Bildungsfortschritt erweitert sich die Anzahl der Gegenstände, die als unerläßlich zum Leben gelten. Die Lebensgewohnheit erschafft fort und fort neue Bedürfnisse, denen sie allgemeine Anerkennung erringt. Was nach dieser Gewohnheit als Lebensnothdurft bezeichnet wird, regulirt auch den Arbeitslohn, und so wird aus diesem allmählich eine ganz andre Größe, die eine Reihe von Bestandtheilen enthält, welche mehr liefern, als die bloße Abwehr des Hungertodes erfordert. Dieser Umstand gestattet deshalb auch einem künftigen Willen und einer tüchtigen Einsicht, immer noch zurückzulegen und zu sparen, so daß bei fortschreitender Bildung schon der Minimallohn des Arbeitslohns selbst das eiserne Hungergesetz Lassalle's Lügen straft.“
 Herr Professor, welcher Spatzvogel hat Sie hier zum Besten gehabt? Dachten Sie denn gar nicht daran, daß das eiserne ökonomische Lohngesetz oder „Hungergesetz“, wie Sie's selber nennen, von der ganzen ökonomischen Wissenschaft anerkannt ist? Nicht die sozialistischen Ökonomen haben dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen, sondern gerade die Schule, die Sie so hoch verehren, die anti-sozialistische Schule selbst ist es gewesen, welches dieses „grausame Gesetz“ — wie Lassalle es nennt — ans Tageslicht gezogen hat. Nach obigem Satz, den Sie jedenfalls in Ihrem Redefluß mit gehobener Brust Ihren Zuhörern zum Besten gegeben haben, müßten die Schlesiischen Weber des Gulengebirges, welche so ziemlich an Kartoffelsuppe und trockenem Brod gewöhnt sind, sich umgekehrt schnell die Speisen des Herrn Reichthums angeeignet, und für dieselben wäre also die soziale Frage gelöst.
 Wenn Sie, Herr Professor, in obigem Satze sagen, daß der Arbeitslohn sich nach der Lebensnothdurft richtet, und wenn Sie am Schluß Ihres Satzes sagen, daß der bloße „Minimallohn“ des Arbeitslohns das eiserne Lohngesetz Lassalle's Lügen straft, so befinden Sie sich in einem großem Widerspruch.
 Denn, wenn man in einem Athenzug anerkennt, daß das zum Lebensunterhalt Nothwendigste den Arbeitslohn regulirt, (abgesehen davon, daß Sie sich falsch ausgedrückt haben, denn der Lebensunterhalt regulirt nicht den Arbeitslohn, sondern umgekehrt der Arbeitslohn richtet sich nach dem nothwendigsten Lebensunterhalt und derselbe steht im Laufe verschiedener Zeiten mehr darunter als darüber!) und dann das eiserne ökonomische Lohngesetz als Lüge bezeichnet, macht man sich einer großen Confusion schuldig. Und da Sie Lassalle's „Hungergesetz“ citiren, so müssen Sie doch wissen, daß er für das eiserne ökonomische Lohngesetz eine Masse von Zeugen anführt, und zwar glaubwürdiger Zeugen, Männer der Wissenschaft, und nicht etwa bloß erklärte Sozialisten. Hören Sie z. B. was J. B. Say über den Arbeitslohn sagt: „Das Angebot der Arbeit wächst mit der Nachfrage nach derselben. Die Nachfrage kann den Arbeitslohn ein wenig über die Höhe bringen, welche nothwendig ist, damit die Arbeiterfamilien existiren und sich fortpflanzen können, das heißt über die Höhe, welche nothwendig ist, damit jede Arbeiterfamilie genug Kinder aufziehen kann, um Vater und Mutter zu ersetzen. Wenn der Arbeitslohn nur ein wenig über diesen Stand hinaus geht, so vermehren sich die Arbeiterkinder und das größere Arbeitsangebot gleicht sehr bald die gestiegene Nachfrage aus.“
 Oder hören Sie, Herr Professor, was ein anderer Ökonom — Adam Smith — über das eiserne ökonomische Lohngesetz oder „Hungergesetz“ sagt:
 „Wenn die Nachfrage nach Arbeitern beständig wächst, so muß der Arbeitslohn nothwendig einen solchen Antriebe zur Verheirathung und zur Bervielfältigung der Arbeiterzahl geben, daß sie im Stande sind, dieser immer wachsenden Nachfrage durch ein gleichfalls stets wachsendes Angebot zu entsprechen.“
 Die übermäßige Vermehrung von Arbeitern, welche in einer Zeit eintritt, wenn der Arbeitslohn durch die steigende Nachfrage nach Arbeitern ein wenig über die Höhe hinaus geht, welche nothwendig ist, damit die Arbeiter am Leben bleiben,

*) Das gilt auch für andere Länder. Wir vertrauen uns Tausende von Englischen Arbeitern zu produzieren, die nicht (oder unvollkommen) lesen können, und doch von Rationalökonomie und Politik hundertmal mehr verstehen, als der Harmonie-Apostel Hirsch und der parlamentarische Klientelredner Lassalle, die beide gewiß des Lesens kundig sind. Ueberhaupt ist das Lesen an sich keine Bildung, sondern nur ein Mittel der Bildung; und wo den Massen, wie dies die heutige Klassenherrschaft mit sich bringt, die Bildung systematisch vorenthalten wird, kann das Lesen unmöglich für die Massen einen bildnerischen Zweck erfüllen, sondern wird im Gegentheil geradezu ein Mittel der Berdummung, indem es die herrschenden Klassen in den Stand setzt, dem Volk in der Schule, und außerhalb der Schule (in Gestalt von muckersich-jeridilen Schriften, Zeitungen u. s. w.) eine geistige Nahrung zuzuführen, durch welche Denkfähigkeit und Charakter geschädigt werden. Wenn die Kunst des Lesens in Deutschland nicht so allgemein wäre, so würde in Deutschland auch die politische Niedertracht und Beschränktheit nicht so allgemein sein. R. d. B.
 **) mit andern Worten: damit Jedem im Stand sei, das Stimmrecht auch wirklich auszuüben, und damit ferner die zufällige Majorität nicht dazu benutzt werden könne, die Minorität zu unterdrücken, von der ja jeder Einzelne genau dasselbe Recht in Staat und Gesellschaft hat, wie die Mitglieder der Majorität.
 ***) Der Vorbehalt eines Ex-amine des heil. Antritts gewisser Aemter ist durch die obige Forderung natürlich nicht ausgeschlossen. Red. d. B.

*) S. Nr. 31. Wir werden dem gelehrten Hrn. Professor ein Exemplar dieser Nummer des „Volkstaat“ zuschicken, und sind begierig, ob er dem „einfachen Arbeiter“ Schmeichelei die Antwort eben so schuldig bleiben wird, wie vorher dem „Lohrgerber“ Dreygen. Red. d. B.

wird den Arbeitslohn wieder auf seinen früheren Stand und darunter zurück drängen."

Man könnte noch mehr Nichtsozialisten anführen, aber dies ist überflüssig, weil man bereits aus obigen Citaten zur Genüge ersehen kann, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl nicht mehr verdienen, als was zum Leben notwendigst erforderlich ist.

Dann noch den Arbeitern das alte Märchen vom „Sparen“ vorplaudern — klinge die bittere Hohn. Herr Professor, im 1848er „kommunistischen Manifest“, welches von Carl Marx und Friedrich Engels verfaßt ist, heißt es unter Anderem, daß die Bourgeoisie auch den Mann der Wissenschaft in ihre Dienste genommen hat, und wie wahr dies ist, das kann man recht deutlich an Ihnen wahrnehmen; denn wie ein Mann von Wissen bekannt wissenschaftliche Lehrlinge so verdrehen kann, wie Sie es gethan haben, das läßt sich nicht anders als nach jenem Sage des „kommunistischen Manifests“ erklären. Sie lassen sich dann im Laufe Ihres Vortrags über Lassalle weiter vernehmen wie folgt: „Nicht viel besser als auf dem Gebiete der Nationalökonomie sieht es bei Lassalle aus auf dem Gebiete des Rechts.“

Wenn dieser „unwissende“ Lassalle noch lebte, so wäre es sehr fraglich gewesen, Herr Professor, ob Sie die Courage gehabt hätten, wenn auch hinter Schloß und Riegel, einen solchen Vortrag zu halten. Es heißt dann im Laufe Ihres Vortrags über die Grund- und Bodenfrage weiter:

„Denn wenn man z. B. den Grundbesitz, oder mit Carl Marx das Privateigentum überhaupt für unerlaubt, dem Rechtsbewußtsein widersprechend erklärt, so würden, falls diese Ansicht Gesetzeskraft erhielte, alle früheren Besitzer ohne jede Entschädigung ihr Eigentum verlieren.“

Ueber diesen Punkt — ob Entschädigung oder nicht — sind die Ansichten verschieden; die Entscheidung hierüber wird Sache der Zukunft sein. — Sie sagen dann weiter über die Abschaffung des Privateigentums: „Daß der Staat die Befugnis hat, solche Rechtsverhältnisse, die mit den Sittlichkeitsbegriffen im Widerspruch stehen, abzuschaffen, wird Niemand bestreiten.“ Herr Professor, hier sind Sie bald wider Willen ein Communisten-Anhänger geworden. Doch Sie sorgen ein paar Sekunden nachher dafür, daß Sie aus dieser Gefahr herauskommen, indem Sie sagen: „Ein Gesetz, welches dem Menschen verböte, in seinen Kindern und Werten fortzuleben, würde die menschliche Natur in ihren Bestandtheilen verstümmeln, und eben diese Wirkung würde das Gesetz haben, welches das Erbrecht abschafft.“

Also die Aufhebung des Erbrechts würde die menschliche Natur „verstümmeln“; ja, Herr Professor, wenn Sie die Ausdehnungs-Natur der Kapitalisten gemeint haben, dann haben Sie Recht; aber die können Sie ja nicht gemeint haben, wie Ihr übriges Geſchrei beweist. Späteshalber will ich noch einen Satz von Ihrem Vimbamgelaute abſchreiben, welcher so recht deutlich zeigt, daß Sie zu derjenigen Kategorie von Gelehrten, welche im Dienste der Bourgeoisie stehen, und das Proletariat zu täuschen beabsichtigen, gehören. Sie sagen: „Aber auch das Bedürfnis erschafft Werte, nicht bloß die Arbeit.“

Wenn in den Casinos auf den Gassen der Bourgeoisie die Champagnerpfropfen knallen, wenn die Bourgeoisie in schönen Carossen dahinfahrt, sich auf schönen Säulen oder sonst wie die Zeit vertreibt, dann verschwendet dieselbe nicht den sogenannten „Entschädigungslohn“, sondern erzeugt vielmehr — nach Ihrer Bedürfnis-Theorie — Werte von immenser Bedeutung! Ein netter Professor!

Rich. Schmelzer.

Bebel's Rede in der Salzsteuerdebatte

der Reichstagsſitzung vom 1. Mai 1872.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

Meine Herren! Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, die Ansichten, die jeder der Herr Reichstagsmitglieder entwickelt hat, irgendwie zu theilen, ebenso wie ich nicht in der Lage bin, den Ansichten der Herren, die vorher von verschiedenen Seiten laut geworden sind, meine Zustimmung geben zu können. Ich stehe eben auf einem Standpunkte, der mich gleichmäßig verbindet, sowohl dem Antrage, den die Herren von der Linken gestellt haben, betreffend die theilweise Aufhebung der Salzsteuer, meine Zustimmung zu geben, als auch der Ansicht, die von anderer Seite ausgesprochen worden ist, daß wir, um bald die ganze Salzsteuer aufheben zu können, noch einige Zeit warten möchten, beizupflichten. Meine Herren! Ich stimme der Kritik, welche Herr Abgeordneter von Hooberd über die Salzsteuer und über die indirekten Steuern überhaupt abgegeben hat, vollständig bei, ich akzeptire in dieser Beziehung Wort für Wort seine Rede, ich will nur noch hinzufügen, daß, wenn er hervorgehoben hat, daß ein Unternehmer, wenn er gezwungen ist, eine indirekte Steuer zu zahlen, und also einen Verlag macht, sich damit nicht begnügt, bei dem Verkauf der Waare den Verlag wieder einzuziehen nebst dem Zins, dies nicht genug gesagt ist. Er wird sich nicht mit dem verlegten Kapital und den Zinsen hierfür begnügen, sondern auch einen Extra-Unternehmensgewinn dabei haben wollen. Darnach ist klar, daß die indirekten Steuern, auf irgend welche Produkte gelegt, doppelt hart die ärmsten Klassen treffen. Es kommt noch hinzu, was bereits von Herrn Abgeordneten von Karboß, meiner Ansicht nach vollkommen richtig, ausgesprochen worden ist, daß die ärmsten Klassen noch härter dadurch gedrückt werden, daß sie in kleinen Quantitäten, in kleinen Partien die Waaren konsumieren, und wenn die Steuerhöhe durch die kleinen Quantitäten in Bruchtheile zerfällt, der Kaufmann, der Unternehmer nicht etwa den Bruchtheil wegfällt läßt, sondern den Bruchtheil in ganzer Münze rechnet. So wird der ärmere Mann nach mit einer neuen höheren Ausgabe herangezogen. Es mag richtig sein, was Herr Abgeordneter Grundrecht hier erwähnt hat, daß das Salz löthweise nicht verkauft werden kann, daß es sich nicht berechnen läßt; aber es wird viertel-, halbpfundweise gekauft von den ärmsten Klassen; und dann ist auch richtig, daß der Bruchtheil eintritt und daß in diesem Falle der kleine Mann das Ganze bezahlt. Aber, meine Herren, wenn man nun hier — das ist auch der Wunsch des Herrn Abgeordneten von Hooberd wie aus den Reden verschiedener anderer Herren hervorgegangen — so sehr überzeugt ist von der Ungerechtigkeit der indirekten Steuern, speciell der Salzsteuer, und wenn man in der zur Annahme vorgeschlagenen Resolution hervorhebt, daß es eine Forderung der Gerechtigkeit sei, diese indirekte Steuer aufzuheben — meine Herren, dann ist ja gar keine Logik in dem Antrage, gar keine Konsequenz. Warum will man sie nur bald aufheben? Und warum gehen die Herren, die

sie erst nach einem oder zwei Jahren ganz aufheben wollen, nicht noch weiter und sagen: ist die Salzsteuer ungerichtet, so sind überhaupt alle indirekten Steuern ungerichtet? Das hat man in der Debatte häufig vermeiden zu berühren. Man hat verschwiegen, daß die Einnahmen des Reiches fast ausschließlich aus den indirekten Steuern bestehen. Es handelt sich hier um Bruttoeinnahmen von 10,597,200 Thaler für die Salzsteuer, 12,977,060 Thaler für die Rübenzuckersteuer, um eine Bruttoeinnahme für Ein- und Ausgangszölle von 30,964,410 Thaler, um eine Bruttoeinnahme von 346,290 Thaler für Tabak, für die Branntweinsteuer nach Abzug der Ausfuhrbonifikationen von 11,335,750 Thlr. u. s. w., kurz, die verschiedenen hier oben erwähnten Posten belaufen sich in Wahrheit auf noch 69,554,000 Thaler. Dazu kommt noch die Wechselsteuer, die Einnahmen von dem Post- und Telegraphenwesen, die doch Steuern auf Verkehrsmittel sind und insofern auch als indirekte Steuern betrachtet werden müssen, so daß unter Hinzurechnung dieser Summen die gesammten Bruttoeinnahmen aus allen indirekten Steuern des Reiches sich in Wahrheit auf über 103,000,000 Thaler belaufen, was nach der Kopfszahl der Bevölkerung ein Steuerquantum an indirekter Steuer von mehr als 2 Thaler 20 Silbergroschen ergibt und für eine Familie von 5 Köpfen auf die Summe von 13 Thalern 10 Silbergroschen steigt. Nun, meine Herren, Sie werden einsehen, daß ein derartiges System — denn, daß es ein gut durchgearbeitetes indirektes Steuersystem ist, läßt sich durchaus nicht leugnen — allerdings außerordentlich hart und drückend auf den ärmeren Volksklassen laftet, und will man hier von Gerechtigkeit sprechen, nun, so läßt man die Gerechtigkeit ganz und nicht flüchtig. Es ist bequem, von Gerechtigkeit zu sprechen, wenn man in der angenehmen Lage ist, Gerechtigkeit auszuüben, ohne daß es das Geringste kostet. Die Herren sagen: wir üben Gerechtigkeit, weil wir einige Millionen Ueberschüsse haben, aber wir wollen um Gottes Willen die Gerechtigkeit nicht so weit treiben, daß wir auch die anderen indirekten Steuern befreiten und ein vernünftiges und gerechtes direktes Steuersystem einführen, um unsere Staatsbedürfnisse aufzubringen, d. h. das System der direkten progressiven Einkommensteuer. Meine Herren, ich kann dem vorliegenden Antrage meine Zustimmung nicht geben. Auf der anderen Seite nun hat der Herr Abgeordnete von Karboß allerdings eine ganz wunderbare Beweisführung gegen den Antrag angeführt und dabei namentlich versucht, das Günstige und Richtige der indirekten Steuern zu beweisen. Er hat uns die Hauptannahmen aus den indirekten Steuern der ersten Kulturstaaten vorgeführt, — worunter auch nach seiner Meinung Frankreich gehört — Frankreich, England, Belgien. Ich will ununtersucht lassen, und habe im Augenblicke auch gar nicht die Möglichkeit zu kontrolliren, ob die Zahlen, welche er angeführt, richtig sind, aber ich nehme es an, — es ist ja allseitig bekannt, daß in den eben erwähnten Ländern die indirekten Steuern noch in höherem Maße durchgeführt sind, als in Deutschland. Aber, meine Herren, wenn er dagegen angeführt hat, daß in Preußen die direkten Steuern sich auf 43 Millionen, die indirekten dagegen auf 61 Millionen nur belaufen, dann glaube ich behaupten zu können, daß diese Aufstellung ganz entschieden unrichtig ist, und zwar aus folgenden Gründen: Seine Ausführung mag richtig sein, wenn er einfach das aufgestellte Budget als Grundlage annimmt, aber das preussische, wie alle anderen Staatsbudgets beruht keineswegs auf einer wissenschaftlichen Grundlage. Es werden unter Anderem unter den direkten Steuern eine Reihe von Einnahmen aufgeführt, die wissenschaftlich als direkte Steuern gar nicht angesehen werden können. So führt das preussische, wie auch andre Staatsbudgets, als direkte Steuern die Grund-, Gewerbe-, Stempelsteuer, Sporteln und dergleichen mehr auf, aber diese sind in Wirklichkeit indirekte Steuern. Die Grund-, Gewerbesteuer u. s. w. wird von Seiten der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden und überhaupt aller Unternehmer als Betriebsverlag auf die Produktionskosten geschlagen, und somit von den Konsumenten in dem Preis der Waare zurückgezahlt. Sie sehen also, daß diese Rechnung schon an und für sich vollständig falsch ist. Dann läßt der Abgeordnete von Karboß ganz außer Betracht, daß durch die neuen Verhältnisse, durch die Neuorganisation der politischen Zustände in Deutschland große Summen indirekter Steuern, welche die preussische Bevölkerung zahlt, in das Reichsbudget übergegangen sind. Sie figuriren selbstverständlich nicht mehr im preussischen Staatsbudget, sondern im Reichsbudget; rechnen wir aber den Betrag der indirekten Steuern im Reichsbudget auf die preussische Bevölkerung nach der Kopfszahl — obwohl das nicht ganz richtig sein dürfte, aber ich nehme es als annähernd richtig an — und rechnen wir andererseits die zahlreichen Steuern, die unter der Rubrik direkte Steuern sächlich aufgeführt werden, ob, so werden wir finden, daß das Verhältnis der direkten und der indirekten Steuern sich in Preußen, wie in allen andern deutschen Staaten, genau in demselben Maße entwickelt hat, wie es in England und andern Kulturstaaten der Fall ist. Nun hat aber der Herr Abgeordnete von Karboß weiter daraus den Schluß gezogen, daß gerade dieses indirekte Steuersystem wesentlich die Ursache gewesen und als wesentliche Ursache zu betrachten sei, daß die eben genannten Kulturstaaten einen größeren Nationalreichthum aufweisen können als Deutschland. Meine Herren, der Herr Abgeordnete hat Ursache und Wirkung vollständig verwechselt. Was speciell das Umfassen mit der Bezeichnung „Nationalreichthum“ betrifft, so muß ich im Voraus bemerken, daß wir uns durch ein derartiges Wort nicht täuschen lassen. Nationalreichthum auf der einen, heißt auf der anderen Seite Massenarmuth, der Nationalreichthum von heute ist der tiefste gestiegene Proffit der besitzenden Klassen. Ein Land, das großen Nationalreichthum hat, hat auch den Pauperismus, die Massenarmuth in größtem Maßstabe aufzuweisen. Das sehen wir in England, Frankreich, Belgien. In letzterem Lande ist das Mißverhältnis so groß, daß nahezu die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung aus dem öffentlichen Armenbudget erhalten werden muß. Das Wort „Nationalreichthum“ bezeichnet die Sache keineswegs beim richtigen Namen. Aber, meine Herren, etwas Anderes ist richtig, daß nämlich, wo nach dem heutigen Begriff der Nationalreichthum steigt, vor allen Dingen die Bürgerklasse, die Bourgeoisie, eine größere Entwicklung angenommen hat. Es läßt sich eben nicht bestreiten, daß die Bourgeoisie in den mehrerwähnten Kulturländern eine weit höhere Einwirkung als in Deutschland, ja den maßgebenden Einfluß auf die Staatsverhältnisse bereits erlangt hat. Meine Herren, daraus aber folgt nun, daß überall da, wo das Bourgeoisystem, die Klassenherrschaft, und der Einfluß der Bourgeoisie auf das Staatsystem mehr und mehr um sich greift und schließlich zum allein maßgebenden Element wird, die Erscheinung hervortritt, die sich auch in den eben angeführten Zahlen der indirekten Steuern dokumentirt, daß nämlich das Klasseninteresse der Bourgeoisie bedingt, daß sie die öffentlichen Ausgaben möglichst auf die arbeitenden Klassen, die politischen Rechtslosen abwälzt. Im Mittelalter trieben es Adel und Geistlichkeit in dieser Beziehung noch etwas unerschämter, sie machten sich einfach gänzlich steuerfrei. Das geht allerdings in der neuern Zeit nicht mehr. Die Bourgeoisie aber begreift, daß, wenn sie die enormen Staatsausgaben, die wieder im Interesse ihrer Klassenherrschaft gemacht werden, zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Existenz, wie zum Beispiel die riesigen Ausgaben für die Militärbudgets — daß, wenn sie diese durch direkte Steuern aufbringen wollte, nach einem gerechten Steuersystem, sie, die Bourgeoisie, am meisten liden müßte, was von Rechtswege ja auch in der Ordnung wäre. (Geheul.)

Zweitens begreift sie, daß aus einer derartigen Umgestaltung des indirekten in das direkte Steuersystem die Nothwendigkeit folgen würde, daß Jedermann begriffe, was ihn der Staat wirklich kostet, und wenn er einsehe, daß der Staat sehr kostspielig ist, dann dafür sorgt, daß der Staat recht bald ein anderer würde. So aber zieht es die Bourgeoisie vor, das indirekte Steuersystem weiter und weiter auszuweihen, sie fragt nicht, ob das Recht oder Unrecht ist, es kommt ihr nur darauf an, daß möglichst ihr eigenes Klasseninteresse gewahrt wird. Meine Herren, daß diese Auffassung von der Ungerechtigkeit des gegenwärtig bestehenden Steuersystems auch von den Vätern der Wissenschaft getheilt wird, das muß jedem Mann, der sich einigermaßen mit diesen Fragen befaßt hat, vollständig klar sein. Ich kann nicht begreifen, wie man sowohl hier auf dieser, wie drüben auf der anderen Seite des Hauses gleichmäßig behaupten kann, die Finanzwissenschaft sage: die indirekten Steuern sind gerecht und: sie sind ungerichtet. Es wäre besser, man hätte Namen citirt und bewiesen, auf welcher Seite das Recht ist. Ich habe nie erlaubt, meine Herren, in dieser Beziehung einige Auszüge zu machen, und da muß ich Ihnen allerdings von vornherein erklären, daß die Wissenschaft in den verschiedenen Schattungen, nicht erst seit heute oder seit 50 Jahren, sondern seit vollen zwei Jahrhunderten darin völlig einig ist,

daß die indirekten Steuern durch und durch ungerichtet und verwerflich sind, und ich werde Ihnen im weiteren Verlauf ausführen und beweisen, daß nicht allein von Seiten der Wissenschaft, sondern auch von den Vorgängern der Herren, die jetzt auf den Ministerstühlen sitzen, dies sehr wohl eingesehen worden ist. So hat z. B. Say in seinem 1844 erschienenen Werke über die Rechtmäßigkeit der Steuern und ihre Grenzen sich auf das Entschiedenste gegen die indirekten Steuern ausgesprochen. In demselben Sinne hat Sismondi in einer 1790 erschienenen Schrift sich ausgesprochen, ebenso Adam Smith in seinem berühmten Werke „Ueber den Reichtum der Nationen“, das 1776 erschien; ferner der Regierungsrath Loy in Koburg im Jahre 1822 in seiner Staatswissenschaftslehre; Dr. Behr in einem von ihm in Leipzig herausgegebenen Werke, erschienen 1822 und betitelt: „Lehre von der Wirtschaft des Staates“; desgleichen Forbonnais, Generalinspektor der königlichen Münzen in Frankreich, in einem Werk, das bereits im Jahre 1758 in Paris herauskam. Ferner spricht sich sehr entschieden dagegen aus Boisgillebert bereits im Jahre 1697; ebenso neuere Defonomen, z. B. Professor Rau in Heidelberg in seiner „Politischen Defonomie“ 1851, Professor Kolcher in Leipzig in seinem „System der Nationalökonomie“. Die entschiedenste Beurtheilung der indirekten Steuern finden Sie ferner in dem berühmten Werk von Thomas Tooke: „Die Geschichte der Preise“, dann in den Schriften des Geheimraths Dietrich, Professor Schäffle u. s. w. Kurz, meine Herren, alle Autoritäten der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft sind darin einig, daß die indirekten Steuern durch und durch ungerichtet sind, daß ihr System verwerflich ist, und daß, wenn man zum Standpunkt der Gerechtigkeit ethisch und nicht nur der Phrase nach ausgehe, man nicht einen Theil, sondern das ganze System angreifen müsse. Aber man wird aus den eben bezeichneten Gründen dies allerdings häufig bleiben lassen. Ich will nur mit einigen Citaten beweisen, mit welcher Entschiedenheit selbst in der Form die Wissenschaft sich gegen das indirekte Steuersystem ausspricht. So sagt Forbonnais in seinem im Jahre 1758 erschienenen Werke (Recherches et Considerations sur les finances de France) Seite 260 „daß die Abschaffung der indirekten Steuern und das Aufbringen der Bedürfnisse des Staates durch eine direkte Einkommensteuer das Ziel sein müsse, nach welchem um der Gerechtigkeit, des allgemeinen Wohlfandes, um der Vermehrung der Macht des Staates willen alle Finanzmänner streben müssen.“ Seit dieser Zeit sind mehr als 100 Jahre verflossen, und es ist das gerade Gegenheil eingetreten. Ferner sagt Dr. Behr in seinem 1822 erschienenen Werke:

„Doch, mag hierdurch gerechtfertigt sein, was ich bereits im Jahre 1810 öffentlich gesagt und seitdem immer beständig gerunden habe, nämlich: Indirekte Steuern sind entweder von grober Ignoranz oder von häßlicher Lüge erfunden, durch Superfluität und Sophisterei vertheidigt, von der Gemächlichkeit gepflegt, durch Noth verwickelt und aus Furcht vor der Wähe der Einführung des Rechtes bis zur Stunde noch nicht abgeschafft.“

Meine Herren, wenn ich mir herausnehme, hier in diesem Tone zu sprechen, wie dieser Doktor der Staatswissenschaft es gethan, ich würde einen Ordnungsruf von Seiten des Herrn Präsidenten unweigerlich zu gewärtigen haben. Aber, meine Herren, eine weitere Autorität, die jedenfalls bei einem großen Theile dieses Hauses Beachtung findet, hat sich ähnlich ausgesprochen. Im Jahre 1849, am 21. September, fand es das Ministerium Manteuffel für angemessen, in Rücksicht natürlich auf die damalige Zeitlage, mit einer Reform der indirekten Steuern vorzugehen, indem es den damaligen Kammern einen Gesekentwurf vorlegte, worin es wünsch die Abschaffung der Schlacht- und Maßsteuer forderte. Es trübt sich in den Motiven zu diesem Gesekentwurf folgendermaßen aus:

„Die sozialen Verhältnisse der Gegenwart bedürfen einer Berücksichtigung, dahin, daß die ärmeren Klassen des Volkes von denjenigen Staatsabgaben, welche nach ihrer Höhe und nach der Art ihrer Veranlagung eine unproportionalmäßige Belastung herbeiführen, befreit, beziehungsweise darin erleichtert werden, der dadurch entstehende Ausfall in den Staatsentnahmen aber auf diejenigen übertragen werde, welche im Verhältnis des ihnen aus den Staatsentrichtungen erwachsenden Nutzens, und nach Verhältnis ihrer Steuerkraft bisher bei Verteilung der Staatslasten nicht entsprechend berücksichtigt worden sind.“

„Dem ganzen Gebäude des Finanzsystems endlich muß eine Grundlage gegeben werden, welche geeignet ist, das Vertrauen des Volks in die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der Steuervertheilung zu erwecken.“

Meine Herren! Sie sehen, daß das Ministerium Manteuffel im Jahre 1849 mit wörtlich denselben Motiven, mit welchen hier die Majorität des Hauses bei dem sich ergebenden Ueberschuß die Salzsteuer nur theilweise in Wegfall zu bringen sucht, — daß im Jahre 1849 bereits das reaktionäre Ministerium diesen Standpunkt eingenommen hat. Es ist charakteristisch, daß heute der Reichstagsler, der doch in Ihren Augen weit als von dem Herrn von Manteuffel steht und nicht entfernt seiner Richtung zugehört werden kann, der in Ihren Augen ja als „liberaler“ Mann gilt, austritt und erklärt: „Indirekte Steuern sind an und für sich gar nicht so ungerichtet, wie man sie gewöhnlich hinstellt.“ Meine Herren, es ist gesagt worden, man müsse die indirekte Steuer wenigstens theilweise abschaffen in Rücksicht auf den armen Mann. Ja, das wäre allerdings sehr notwendig, aber wenn Sie die Verminderung der indirekten Steuern nur insofern eintreten lassen wollen, als Sie aus dem bisher bereits bestehenden ungerichteten Steuersystem Ueberschüsse erhalten, dann werden Sie für die arbeitende Klasse blutwenig thun. Ich will hierbei noch beiläufig bemerken, was zugleich die Richtigkeit der vorgelesenen Motive von Seiten des Ministeriums Manteuffel feststellt, daß ja vor einiger Zeit selbst im preussischen Abgeordnetenhaus und zwar in der letzten Session konstatiert worden ist, daß nicht allein in Bezug auf das gegenwärtige indirekte Steuersystem die größte Ungerechtigkeit herrscht, sondern auch in Bezug auf die direkte Steuer. Es ist bekanntlich bei Gelegenheit der Beratung des Staatshaushalts-Stats von Seiten des Ministeriums der Vorschlag gemacht worden, die unterste Stufe aus der Klassensteuer wegzulassen zu lassen. Aus der Mitte des Hauses wurde an den Finanzminister die Aufforderung gestellt, er möge das nationale Material unterbreiten, damit man sehe, in welcher Weise eigentlich die Bevölkerung in den verschiedenen Steuerklassen veranlagt ist. Da hat sich denn die traurige Thatsache herausgestellt, die auch ihren öffentlichen Ausdruck gefunden hat, daß von 7 1/2 Millionen Klassensteuerpflichtigen Einwohner im preussischen Staat mehr als 5 Millionen, also volle zwei Drittel der Steuerpflichtigen, in der untersten Steuerstufe veranlagt seien, so daß also auch in Bezug auf die direkten Steuern die ärmeren Klassen den weitaus größten Theil zu den Staatsentnahmen beitragen. An einer anderen Stelle, und zwar im sächsischen Landtage, hat die Regierung ebenfalls neue Finanzpläne vorgelegt. Da mußte die Regierung bei Vorlegung des Budgets selbst anerkennen, daß das gegenwärtige direkte Steuersystem höchst ungerichtet sei, und daß unter Anderem die besitzende Klasse in Sachsen thatsächlich vielleicht nur die Hälfte desjenigen Betrages an Einkommensteuer bezahle, den sie eigentlich und von Rechtswege zu bezahlen habe. Es wurde nachgewiesen, daß das einkommensteuerpflichtige Einkommen der besitzenden Klasse in Sachsen sich auf circa 14 Millionen Thaler beläuft, während die Ausgaben, die der Staat zu machen hat an Zinsen für Staatspapiere, Landrentenbriefe u. s. w. jährlich auf 19 Millionen belaufen. Wenn man nun auch annehmen wollte, daß ein Theil dieser Papiere im Auslande ist, so ist doch andererseits feststehend, daß ein mindestens ebenso großer Theil ausländischer Papiere in Sachsen ist, wozu noch kommt, daß alle die Einnahmen aus Aktiengesellschaften, Eisenbahnen, Bergwerksbetrieben, die ja nur unter der besitzenden Klasse vertheilt sind, nicht einmal mitgerechnet werden. Man kann darnach wohl sagen: in dem direkten Steuersystem beträgt die besitzende Klasse den Staat, und in Bezug auf die indirekte Steuer ist es der Staat, der an der arbeitenden Klasse den Diebstahl in Permanenz gesetzlich regelt. Mit einem derartigen System und mit einer Konzeption, wie Sie sie hier anbieten, werden Sie die arbeitenden Klassen für Ihre Forderungen nicht gewinnen. Wenn Sie glauben, mit derartigen Konzeptionen der riesenmäßig anwachsenden sozialen Bewegung einen Damm entgegenzusetzen zu können, dann gebe ich Ihnen die Versicherung, daß Sie sich gewaltig irtren. Die Arbeiter sind bereits so weit gekommen — und dafür sind die ausländischen Schriften in hunderten Tausenden von Exemplaren verbreitet —, um recht wohl zu wissen, wie es in Bezug auf die Gesellschaft, in Bezug auf den Staat, ihre Rechte

*) Oder genauer: es hängt von dem Verhalten der herrschenden Klassen ab. Machen sie eine gewaltsame Lösung der sozialen Frage möglich, so müssen sie auch auf Konfiskationen gefaßt sein, während, falls sie zu reformatorischen Uebergangsmahregeln die Hand reichen, der Weg der Wählung sicher ist. Das Schicksal der amerikanischen Sklavenhalter ist ein lehrreiches Beispiel. Sie hatten die Wahl zwischen Ablösung der Sklaverei mit Entschädigung, oder Kampf für Fortdauer der Sklaverei. Sie zogen den Kampf vor, und — die Sklaverei ist ohne Entschädigung abgeschafft worden. Ex uno disca omnia. In diesem einen Beispiele können unsere Monopolisten des Eigentums ihre Zukunft wie in einem Zauberspiegel lesen.

und Pflichten ausübt. Auf der einen Seite verlangt man von dem armen Mann als Pflicht, er solle nur immer zahlen, und benutzt dazu das indirekte Steuersystem, das man in unerhörter Weise ausbeutet. Auf der anderen Seite aber, wenn es sich um Rechte handelt, dann werden die direkten Steuern als Maßstab angelegt, wie es vor Kurzem erst bei den Gemeindegeldern in Sachsen geschah, wo der Minister des Innern mit einer fast cynischen Offenheit erklärte: wir müssen den Census einführen, sonst kriegen wir die Sozialdemokraten in die Gemeinden. — Glauben Sie, das trägt dazu bei, die Verbesserung der verschiedenen Gesellschaftsklassen herbeizuführen? Sie erreichen das gerade Gegenteil dadurch, und wenn Sie, meine Herren, in dieser Weise fortfahren, die arbeitende Klasse zu unterdrücken, dann wird Ihnen, der Bourgeoisie, bald von uns das gesagt werden, was Teil dem Geflüster sagt:

Rach' deine Rechnung mit dem Himmel, Bogt,
Fort mußt du, deine Uhr ist abgelaufen!
(Stürmisches Gelächter und Unruhe.)

Zu persönlicher Bemerkung:

Abgeordneter Vebel: Meine Herren! Der Abgeordnete Richter begann seine Rede damit, daß er sagte, er wolle auf meine Rede nicht weiter eingehen, weil er mir die Bedeutung nicht geben wolle, die man von anderer Seite meiner Person und meiner Partei gegeben habe. Ich danke ihm zunächst für das indirekte Kompliment, das er mir damit gemacht hat, befenne aber, daß ich die Ueberzeugung habe, er würde diese billige Phrase nicht gebraucht haben, wenn er mich hätte widerlegen können.

Dem Abgeordneten Löwe gegenüber habe ich ebenfalls eine kurze Bemerkung zu machen. Er scheint zu glauben, daß ich ein Föderalist sei. Das ist durchaus nicht der Fall; ich kann die preussische Politik bekämpfen und bekämpfe sie, und brauche deshalb nicht ein Freund der Kleinstaaten zu sein. Eben so wenig bin ich, wie er anzunehmen scheint, Freund der schweizerischen oder nordamerikanischen Republik in dem Sinne — (Große Unruhe.) (Ruf: persönlich!)

Präsident: Die Bemerkung ist insofern persönlich, als der Redner ein Mitgliedschaftsmitglied ablehnt, in welchem, wie er glaubt, ein anderes Mitglied sich in Bezug auf ihn befindet.

Abgeordneter Vebel: Mein politisches Ideal ist die socialdemokratische, die rote Republik, und eine solche ist bekanntlich weder die Schweiz noch Nordamerika. (Gelächter.)

Herr von Bismarck gab neulich über die jetzt in Deutschland herrschende Politik, speziell über seine Politik, das Urtheil ab: es ist politische Heuchelei. Wir nehmen ihn beim Wort, und möchten bloß wünschen, daß die „politische Heuchelei“ ein klein bißchen geschickter zu Werk gehen möge. Daß Leute, die sich selber öffentlich politische Heuchler d. h. politische Jesuiten nennen, im selben Moment einen Petitionssturm gegen die kirchlichen Jesuiten inszeniren lassen, das z. B. finden wir sehr ungeschickt.

Das neueste geflügelte Wort Bismarck's, der in derlei mehr oder weniger abfälligen Aus- und Verplaudereien schon das Möglichste geleistet hat, scheint den Reiz des berühmten „Schweigers“ erregt zu haben, der, uneingedenk des weisen Warnrufs: O si tacuisses! (Hättest Du geschwiegen still, und den Mund gehalten sein etc.) in einer der letzten Kommissionsitzungen über das berüchtigte, mit Blut geschriebene Militärstrafgesetzbuch, zur Erklärung der Pödy-Roon'schen Theorie vom Offiziersgehrgel, das große Wort gelassen aussprach: Das „Bolt in Waffen“ schließt auch die Spitzbuben ein“, — während das „Bolt“ im Offiziersrock nur aus Pödy-Roon'schen Ehrgelübmonopolisten besteht.

Wie gefällt dir der Fußtritt, du sieg stolzes, ruhmberaushtes „Bolt in Waffen“? „Spitzbuben“! Nicht wahr, es ist ein hübscher Titel für den Mohr, der seine Schuldbigkeit gethan hat? — Dem „Schweiger“ unseren aufrichtigen Dank für sein Nichtschwigen, und das ebenso aufrichtige Compliment, daß er wenigstens frei ist von „politischer Heuchelei“!

Daß Fürst Bismarck wieder hysterisch nervös ist, und einen längeren Urlaub hat nehmen müssen, sei noch im Vorbeigehen erwähnt, und nicht im Vorbeigehen, daß die Gesundheit des „genialen“ Staatsmanns für die Deutsche Uebersetzung des Empire ungefähr dieselbe Bedeutung hat, wie weiland die Bonaparte's für das Französische Original. Und doch sind zweihundert Jahre verstrichen, seit Ludwig's des Vierzehnten: „Der Staat bin ich!“ und fast ein Jahrhundert seit der Französischen Revolution, welche die Antwort gab auf diese frech-bloßsinnige Majestätsbeleidigung an dem Volk, an der Menschheit!

Wien. Proceß gegen Andreas Scheu, W. Peschan, R. Kuttit und L. Schäftner. — Die Verhandlung stellte fest, daß die Ankunft von Scheu und Peschan in Pest dort „überraschend“ wirkte. Man war bekanntlich dort nie gut zu sprechen auf die „Wiener Centralisten“, weil deren Einfluß vielleicht das Vordringen unbedeutender, gedankloser Schwächer verhindert hätte. — Peschan war von einem Mitgliede des Pesther Schneidervereins zu einem Feste eingeladen worden, und Scheu war auf Wunsch des Peschan mitgegangen. — Dort wollte man den Wienern doch Pest zeigen, arrangirte einen Ausflug in's Stadtwaldchen, und da bei dieser Gelegenheit Einige schwarze Maschen an den Hüften trugen und vereinzelte Rufe: „Vive la Commune!“ gehört worden waren, so wurden die Angeklagten, obwohl bereits in Pest polizeilich verurtheilt und „abgeschafft“, auch hier des Vergehens nach § 305 (Uebertretung von ungesetzlichen Handlungen) angeklagt. Bemerkenswert ist, daß keiner der Angeklagten im Stadtwaldchen weder eine Rede gehalten noch einen Toast ausgebracht hatte. — Scheu wurde außerdem wegen einer im Sophienaal am 27. Februar 1871 gehaltenen Rede, die im „Volkswille“ unbeanstandet abgedruckt war, des Vergehens nach § 302 (Aufreizung zu Haß und Feindseligkeiten) und des Vergehens nach § 308 (Ausstreuen von beunruhigenden Gerüchten, bezugnehmend durch die Aeußerung, daß der deutsche Kaiser unter gewissen Umständen Deutschösterreich annectiren werde) angeklagt. — Dr. Stein, der die ganze Anklage als unhaltbar erklärte, bestritt in Bezug auf die Pesther Affaire die Competenz des Gerichtshofes, da bereits ein in Pest gefälltes Urtheil vorliege und nach dem Strafgesetze Niemand zweimal wegen desselben Falles verurtheilt werden könne. — Indessen erkannte der Gerichtshof auf Schuldig und wurde Scheu wegen der Vergehens nach §§. 305 und 302 (wegen § 308 erfolgte ein Nichtschuldig) zu zwei Monaten strengen Arrestes, Peschan zu zehn Tagen, Kuttit und Schäftner zu 8 Tagen Arrest verurtheilt. Die Verurtheilten meldeten die Berufung an. („Volkswille.“)

Maßregelungen. In Braunschweig hat die Polizei die Abhaltung eines Arbeitertages für den 1.—3. Juni verboten; in Döbeln am 11. d. M. eine Volksversammlung, bald darauf auch eine weitere, auf den 14. d. M. angefragt. Näheres in nächster Nummer. — In Dresden wurde am

Donnerstag eine Volksversammlung aufgelöst, weil der Referent sagte, das Heer brauche man jetzt, um die „Erzungen-schaften“ behaupten zu können.

Zum Gewerkschaftscongreß.

Nachdem der Vorschlag, einen allgemeinen Gewerkschafts-Congreß abzuhalten, von den verschiedenen Gewerkschaften, auch Fachvereinen, die allseitige Zustimmung erhalten, und die Mehrzahl der an mich gelangten Zuschriften für Abhaltung des Congresses in Erfurt sich ausgesprochen, ist demgemäß Erfurt als Congressort bestimmt.

Die Gewerkschaften in Erfurt sind aufgefordert, schleunigst die zur Abhaltung des Congresses nothwendigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.

Freilich konnte bei der so knapp bemessenen Zeit der ursprünglich in Aussicht genommene Termin, Pfingsten, nicht inne gehalten werden. Aber darauf kann es nicht ankommen, ob der Congreß acht Tage früher oder später stattfindet. Hauptsache bleibt immer, daß den verschiedenen Gewerkschaftsverwaltungen die nothwendige Zeit bleibt, für die Vertretung der betreffenden Gewerkschaften Sorge zu tragen, eventuell zu veranlassen, daß ihre Generalversammlungen dort abgehalten werden.

Da es sich hauptsächlich um die Gründung einer Gewerkschafts-Union handelt, so werden die Vorstände der Gewerkschaften und Fachvereine aufgefordert, alle darauf bezüglichen Vorschläge an den Unterzeichneten einzusenden, damit deren Aufnahme in die dem Congreß zu machende Vorlage erfolgen kann.

Hamburg, den 10. Mai 1872. Th. Jork. Amanbach. Platz 44.

Internationale Metallarbeiterchaft.

Ghemmitz. (Telegraphische Depesche. Aus voriger Nummer wiederholt.) Metallarbeitergewerkschaft! In Erwägung, daß der Gewerkschaftscongreß 3 Wochen nach Pfingsten stattfindet, und keine Mitgliedschaft im Princip dagegen gestimmt hat, erklären wir die Generalversammlung in Leipzig für Pfingsten fixirt und ändert dieselbe zugleich mit dem Gewerkschaftscongreß zu obengenannter Zeit in Erfurt statt.

Ausdruck und Controlcommission Ghemmitz, Nürnberg. Nürnberg. Vertragung des Gewerkschafts-Congresses der Metallarbeiter. In Anbetracht, daß 3 Wochen nach Pfingsten der Gewerkschafts-Congreß stattfindet und von sämtlichen Mitgliedschaften nicht eine im Princip gegen die Gewerkschaftsunion sich ausgesprochen hat, ferner nur 8 Mitgliedschaften sich überhaupt betrefßs der Congreß- oder der Generalversammlungsabhaltung an uns gewandt, und von diesen 8 sich wiederum 3 gegen die Generalversammlung, 5 für den Congreß entschieden haben, ferner daß der vorliegende Fall in den Statuten nicht vorgehien ist, wir demnach auf der Generalversammlung eigentl. nur den geschäftlichen Theil, Kassamachungen, hätten vornehmen können, was ebenso gut auf dem Gewerkschaftscongreß vor sich gehen kann, — sehen wir uns veranlaßt, die Generalversammlung vorläufig zu sistiren, um sie gemeinschaftlich mit dem Gewerkschafts-Congreß abzuhalten. Es ist dabei Zeit und Geld erspart, und kann der Congreß, bei viel regerer Theilnehmung, Erspriechlicheres schaffen. Wäre uns deshalb keine Mitgliedschaft, der Vorwurf diktorischer Handlungswelke! Wir haben es reichlich erwogen und geprüft, fanden aber die Generalversammlung mit dem Geld-Siedel durchaus nicht im Einklang, und konnten den daraus entspringenden Nutzen, wenn einmal etwas Neues und Lebensfähiges geschaffen werden soll, nicht entdecken.

Wir glauben: bei genauer Würdigung dieser Thatfachen werden sämtliche Mitgliedschaften mit uns einverstanden sein; und wir wünschen deshalb von allen Seiten recht zahlreiche Theilnehmung am allgemeinen Arbeitercongreß zur Gründung der Gewerkschaftsunion in Erfurt.

Für die Controlcommission: M. Seifschab.

Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.

Da alle Bevollmächtigten mit Ausnahme dreier zu Dresden, Fürth und Burg die Abrechnungen eingeleistet haben, so erfolgt hiermit nachstehende Rechnungslegung. Die Mitgliedschaft Würzburg kann in Folge ihres statutenmäßigen Stilles in nächster Zeit Abrechnung einleiden, und ist aus diesem Grunde zu entschuldigen. Der Strife ist dort siegreich beendet und das Resultat ist eine Lohnerhöhung von 80% auf Konfektions-Arbeit, und 30% auf bestellte Arbeit. In Bremen ist Bevollmächtigter Aug. Kühn Lieberstraße 23; Kassirer J. Busch, Landweg 26; Vereinslokal bei Reddermann, Wegende 8; in Würzburg Bevollmächtigter: Stefan Herbig, Kofengasse 4. Kassirer: Theob. Schmidt Ode am Dominikanerplatz. Einnahme pro I. Quartal 1872.

Vortrag vom 4. Quartal 1871. 75 Thlr. 17 Gr. 5 Pf. Von Nürnberg 37 Thlr. 15 Gr. 6 Pf. Regensburg: 16 Thlr. 21 Gr. 9 Pf. Leipzig: 8 Thlr. 6 Gr. Braunschweig: 6 Thlr. 22 Gr. 10 Pf. Berlin: 4 Thlr. 23 Gr. 6 Pf. Passau: 4 Thlr. 7 Gr. 8 Pf. Chemnitz: 4 Thlr. 3 Gr. 2 Pf. Bremen: 3 Thlr. 10 Gr. Stade: 3 Thlr. 5 Gr. Wiesbaden: 18 Gr. 4 Pf. An freiwilligen Beiträgen: Berlin: 6 Thlr. Chemnitz: 5 Thlr. 12 Gr. 6 Pf. Braunschweig 4 Thlr. Stade: 2 Thlr. 16 Gr. 6 Pf. Summa 183 Thlr. 2 Pf.

Ausgabe pro I. Quartal 1872. Zuschuß nach Nürnberg 31 Thlr., nach Leipzig 11 Thlr. 29 Gr., nach Berlin 3 Thlr., Sterbegeld für das Mitglied Karl Mittel in Wiesbaden 12 Thlr., für das Mitglied Fabricius in Berlin 12 Thlr., für die Frau des Mitglieds Weisner in Regensburg 12 Thlr. Für 1000 Mitgliedsbücher drucken, Broschüren u. s. w. 21 Thlr. Für Druck von 1000 Statuten 6 Thlr. 15 Gr. Für Stempel 5 Thlr. 15 Gr. Für Porto 5 Thlr. 18 Gr. 10 Pf. Für Schreibmaterial und Emballage 29 Gr. 6 Pf. Summa 121 Thlr. 7 Gr. 4 Pf.

Die Einnahme 183 Thlr. „ 2 Pf. Ab die Ausgabe 121 „ 27 „ 4 „ Verbleibt Kassenbestand 61 Thlr. 2 Gr. 10 Pf. Berlin, 11 Mai 1872.

A. Reimann, Geschäftsführer. G. Lüdike, Hauptkassirer. L. Eismann, G. Göhler, W. Kleinke, Revisoren.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gelle, den 8. Mai. Seit Anfang dieser Woche haben die hiesigen Schuhmachergesellen, gezwungen durch die mit den Preisen der nothwendigsten Bedürfnisse nicht im Einklang stehenden hohen Löhne, die Arbeit eingestellt und die Forderung von 25% Lohnerhöhung an die Meister gerichtet. Der bisherige Lohn variierte zwischen 2 bis 3 Thlr. die Woche, wovon Alles außer Schlafgeld zu bestreiten war. Welcher Arbeiter und Menschenfreund wird nicht die Nothwendigkeit und Gerechtigkeit unserer Forderungen anerkennen? Wir bitten deshalb um freundliche Unterstützung, namentlich unserer Geschäftskollegen, mit dem Versprechen, in Zukunft ein Gleiches zu thun; vor Allem bitten wir, Zuzug abhalten zu wollen. Zu dem Bemühen gelangt, daß eine feste Organisation nothwendig, sind wir entschlossen, uns der Internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher anzuschließen.

Das Komitee (Schuhmacherberge bei Gastwirth Dering, Bergstraße.) (Weiterhin ersucht uns der Finierer, den Vorstand der internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher zu veranlassen, unter vorstehender Adresse an den Schuhmacher-Mitgliedern Gründungs-Material für 30 Personen zu senden. Red. d. Volksh.)

Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Altona. Der Strife dauert fort, der Kampf entwickelt sich von Tag zu Tag. Bis jetzt wurde gegenseitig mit ehrsüchtigen Waffen gekämpft oder unterhandelt; nun, da die Meister sehen, daß auf diesem Terrain nichts mehr für sie zu erreichen ist, greifen sie zu allerlei Intrigen; so haben sich einige derart erniedrigt, daß sie den Tag über die Gesellen, die wöthentlich eine Unterstützung zum Strife zahlen, zu bewegen gesucht, dieses ferner nicht mehr zu thun und einen Bogen präsentirt, worauf diejenigen, die mit jenem Ansehen einverstanden wären, sich unterschreiben sollten; es ist ihnen aber auf einigen Stellen gut heimgeleitet worden und werden sie's zum zweiten Mal wohl schwerlich versuchen. Außerdem haben sie bei einem Gastwirth Schröder ein Vermittelungscomitö eingerichtet, wo-

selbst die Liste sämtlicher „Herten“ aufliest, die bis jetzt noch nicht unterschrieben haben, aber Gesellen suchen. Wir haben ihnen dieses Vergnügen auf einige Tage nicht gestört, sind aber der Meinung: so wie Alles seinen Anfang hat, muß es auch sein Ende haben.

Wir ersuchen unsere Collegen, nach wie vor den Zuzug fern zu halten, überhaupt zu beachten, daß die Arbeitsvermittlung noch immer Robertstr. 37 ist.

Briefe u. s. w. wolle man senden unter der Adresse: Comitee der Tischler Altona: G. Soman.

Unsere diesjährige Generalversammlung der Gewerkschaft findet in Erfurt statt. Anträge zu derselben sind recht bald an den Unterzeichneten einzusenden.

Von Braunschweig ist bereits als Delegirter Hr. A. Schrader angemeldet. Mitgliebschaften, die einen eignen Delegirten nicht senden können, wollen sich mit den ihnen zunächst gelegenen Orten in Verbindung setzen, und gemeinsam mit diesen einen Delegirten wählen. Hamburg, den 10. Mai 1872. Th. Jork. Amanbach. Platz 44.

Au die Maler und Lackirer.

Meerane. Collegen! Wir machen Euch bekannt, daß auch hier eine Erhöhung der gedrückten Löhne erzielt worden ist. Von unsren gestellten Forderungen: Erhöhung des jetzigen Lohnes (Ueberstunden und Sonntagsarbeit inbegriffen) um 20%, und Verkürzung der Arbeitszeit Montags und Sonnabends um eine Stunde, wofür jedoch kein Abzug erfolgen darf, ist von den Herrn Meistern 15%, sowie Alles Uebrige bewilligt worden. Arbeitsstellung dauerte einen Tag. Collegen allerorts nur vorwärts, denn jetzt ist es Zeit! Mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag Die Maler von Meerane.

Wien, den 4. Mai. (Warnung.) Vergangene Woche ward in München in einigen Zeitungsblättern die Nachricht verbreitet, daß es in Wien, bezüglich der Weltausstellung an Tischlern fehle, und daß ein sehr guter Verdienst für dieselben existire, was aber ein reiner Schwindel ist, nur dazu berechnet, um Arbeiter dieses Geschäftes zur Reise zu bewegen, um uns hier lahm zu legen, da wir in Wien jetzt Willens sind, unsere Forderungen: 10 stündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung an die Arbeitsgeber zu stellen. Durch den erwähnten Annoncen-Schwindel will man den Arbeitsmarkt dahier überschwemmen, um dadurch unsere Forderungen unmöglich zu machen. Zur Beseitigung dieser Intrigue ersuchen wir, allen Zuzug fern zu halten, bis unsere Forderungen bewilligt und eine Lohnerhöhung gegeben ist. Denn es ist jetzt in Wien Alles, namentlich Quartier und Lebensmittel, ungemeinlich theuer und es würde mancher Arbeiter, der sich von dem Annoncen-Schwindel betören ließe, große Augen machen, wenn er die hiesigen Preise sähe.

Im Auftrag der Parteigenossen Franz Jirngibl, Tischler.

Dresden, 15. Mai. (Tel. Dep.) Schuhmacherstrife ausgedehnt. Zuzug fern zu halten. Brieflich mehr. Kemp.

19. Wahlbezirk.

Durch Beschlußfassung sei allen Parteigenossen und Freunden im 19. Wahlbezirk hiermit bekannt gegeben, daß bei günstiger Witterung den ersten Pfingstfeiertag eine Frühpartie nach dem „guten Brunnen“ in Aussicht genommen ist. — Um 6 Uhr Morgens wollen wir uns alle die Brüder- und Schwesterhände reichen. Eure Frauen und Freundinnen nebst allem Stoff zur Unterhaltung möchtet ihr nicht vergessen mitzubringen. Die Parteigenossen in Zwönitz bitten wir, den Gastgeber davon in Kenntniß zu setzen.

Die Parteigenossen Stolberg's.

Für Leipzig. Generalversammlung der intern. Holzarbeiter Gewerkschaft.

Dienstag, den 14. Mai Abends 8 Uhr im Leipziger Saal. Nicht zahlreichem Erscheinen der Mitglieder sieht entgegen: Der Bevollmächtigte.

Für Leipzig. Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.

Freitag, den 17. Mai Abends 8 Uhr im Leipziger Saal. Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht, Ref. Seifert I. Die heutige Presse, Referent: Arndt. Gaste sind willkommen. Der Vorstand.

Für Stolberg.

Die Adresse unseres Vertrauensmannes ist jetzt Ernst Louis Ficker, obere Mühlensstraße 288.

Für Altona. Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.

Versammlung, Donnerstags, 16. Mai Abends 9 Uhr, bei Gastwirth Ebler, Tischlerberge. Tagesordnung: 1) sozialpolitischer Wochenbericht, 2) die Internationale Arbeiter-Affoziation

Den Berliner Parteigenossen

hierdurch zur Nachricht, daß Unwohlsein mich verhindert, vor Pfingsten (wie versprochen) nach Berlin zu kommen. Aus demselben Grunde bin ich genöthigt, den Parteigenossen überhaupt anzuzeigen, daß ich für die nächste Zeit jede Aufforderung zu agitatorischer Thätigkeit ablehnen muß. Leipzig, den 12. Mai. A. Vebel.

Zur Beachtung!! Den Webertag zu Berlin betreffend.

Den Delegirten unserer Gewerkschaften hiermit zur Nachricht, daß sie auf dem Anhalter Bahnhof von den hiesigen Mitgliedern empfangen werden, und ersuchen wir dieselben, sich bei ihrer Ankunft in den Partecalon III. Klasse zu bemühen, in welchem sich das Empfangscomitee, an rothen Schleifen erkenntlich, befindet. Berlin, den 12. Mai 1872.

Die Mitglieder der der Internationalen Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Für Köln. Grosse ausserordentliche Volksversammlung.

Am ersten Pfingsttage den 19. Mai Morgens 10 Uhr im „Deutschen Kaiseraal“, Kömödienstraße.

Tagesordnung: 1) Widerlegung der Vorträge des Herrn v. Egel über Sozialismus und Kommunismus, gehalten in Barmen. 2) Die Wohnungsnot. 3) Die Nothwendigkeit der Vereinigung aller sozial-demokratischen Fraktionen.

Die Referenten werden in der Versammlung bekannt gemacht. Alle Parteigenossen und Annoncisten des „Volkstaat“ hiesigen Orts und nächster Umgebung sind zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Auswärtige Redner Rheinlands und Westfalens, welche dieser Versammlung als Delegirte beizuwohnen oder als Parteigenossen uns einen Besuch abtathen wollen, sind hierzu freundlichst eingeladen. NB. Herr Professor v. Egel wird durch die „Kölnische Zeitung“ besonders eingeladen werden. Das Komitee.

Für Hamburg. Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Mitgliederversammlung.

Donnerstag, den 16. Mai, Abends 9 Uhr, in Eberhahn's Klublokal, Reugbaumarkt 31. Tagesordnung: Innere Angelegenheiten. Die Mitgliedschaften sind vorzuziehen. August Geib.

Leipzig: Berant. Redakteur A. Rutz (Redaktion u. Expedition) Döbestr. 4.) Druck u. Verlag v. F. Thiele.